

gewendet worden ist, hat keine Flotte und kein Landheer hinter sich gehabt, um auch jenseits des atlantischen Oceans die sächsischen Landesinteressen zu beschützen. Unsere sächsische Industrie hat sich durch eigene Tüchtigkeit so hoch emporgeschwungen; geben Sie doch dem norddeutschen Bunde nicht mehr Ehre, als ihm gebührt! Das verdanken wir unserem sächsischen Volksgeiste vor 1866 und ich hoffe, es wird auch nach 1866 so fortgehen. Geben Sie nicht mehr Ehre dem norddeutschen Bunde, als ihm gebührt, meine ich! In dieser Beziehung haben wir gestern mehrfache Extravaganzen hören müssen. Der Herr Abg. Krause insbesondere hat gesagt: man müsse sein Werk nach den Früchten beurtheilen; das außerordentliche Gedeihen des norddeutschen Bundes spreche dafür, daß derselbe seine unbestreitbaren Vorzüge habe. Nun, es ist auch gestern schon vom Herrn Abg. Dr. Heine Einsprache dagegen erhoben worden mit dem Bemerkten: die Früchte seien zum Theil auch sehr sauer. Ich rede nicht von dem viel ausgetragenen Thema des Militäretats; was für Früchte haben wir in Sachsen aber sonst gehabt vom Nothgewerbegeetze, von der Freizügigkeit, die uns der norddeutsche Bund gebracht hat, und den späteren Beschlüssen des norddeutschen Bundes? Was für Erfahrungen haben wir in dieser Beziehung gemacht? Sehen Sie sich nicht bloß die großen, sondern auch die mittleren und kleineren Städte an, sehen Sie, was uns die Freizügigkeit gebracht hat: eine Beeinträchtigung unseres guten, soliden mittleren Gewerbestandes, eine Ueberhäufung mit Schwindelgeschäften, die dem alten guten Gewerbestande das Brod entziehen. Wir sind in der Lage, die Freizügigkeit, überhaupt alle die Einrichtungen, die der norddeutsche Bund für die Allgemeinheit gebracht hat, rückwärts zu sehen in einer eigenthümlichen Weise auf uns, nämlich so, daß bloß unseren Bundesgenossen jenseits unserer Grenzen dies zu gute kommt; aber nicht uns selbst, aus dem Grunde, weil unser geliebtes Vaterland in einer so glücklichen Lage sich befindet, daß es überall wie ein Thal betrachtet wird, wo Milch und Honig fließt, und allerhand Leute von Auswärts, auswärtige Bundesbrüder darin ihre Verhältnisse zu verbessern suchen.

(Heiterkeit.)

Der Herr Abg. Dr. Biedermann hat uns bei Stellung unserer Anträge eines Widerspruchs geziehen, er hat behauptet, der letzte Theil unserer Anträge, der so lautet:

„und endlich in Erwägung, daß für Sachsen keine Veranlassung vorliegt, für den Fall eintretender Vacanzen in seinen Specialgesandtschaften und diplomatischen Vertretungen ein ihm zustehendes Recht aufzugeben, so lange nicht von Preußen und den anderen norddeutschen Staaten auf das Recht der besonderen diplomatischen Vertretung Verzicht geleistet worden ist, beschließt die Kammer“,

der soll in Widerspruch stehen mit dem Antrage des Abg. Jordan zu 2:

„Die Regierung wolle unabhängig hiervon mit der Einziehung der noch bestehenden besonderen sächsischen Gesandtschaften und diplomatischen Vertretungen — mit Ausnahme derjenigen am Siege des Bundespräsidiums zu Berlin — dergestalt vorgehen, daß bei eintretenden Vacanzen keine Beförderungen und neue Ernennungen erfolgen.“

Ich würde über diesen Nebenpunkt schweigen, wenn nicht der Abg. Dr. Biedermann selbst gestern betont hätte, daß er erwarte, wie dieser Widerspruch gelöst werde. Es ist ja aber gar kein Widerspruch vorhanden. Abg. Jordan will, daß man mit allen Kräften dahin bemüht sein müsse, daß sämtliche Nordbundstaaten ihre Gesandtschaften an die diplomatische Bundesvertretung abgeben und daß wir unerwartet dieses Endziels unsere Gesandtschaften aufgeben sollen. Das wollen wir aber nicht, wir sind wohl der Meinung, daß alle Bundesländer ihre Gesandtschaften aufgeben, dann wollen wir es auch; aber bis dahin wollen wir das Recht unserer Krone beibehalten. Ich glaube, diese Worte werden genügen, um zu zeigen, daß ein Widerspruch in dieser Beziehung eigentlich gar nicht vorliegt. Der Abg. Dr. Biedermann hat gestern nahe dem Schlusse seiner Rede, nachdem er der Staatsregierung den Vorwurf gemacht hatte, daß sie ihre allerdings von ihm anerkannte Bundesfreundlichkeit nicht bis in die letzten Consequenzen ausführe, daß sie nicht vermieden habe, was diese Bundesfreundlichkeit in einem etwas weniger glänzenden Lichte erscheinen lasse, der Staatsregierung zugerufen: sie solle sich auf seine Partei stützen, sie solle ihren Rückhalt an seiner Partei suchen. Nun, meine Herren, zunächst scheint mir dies eine Ueberhebung zu sein; denn diese Partei ist doch numerisch in dieser Saale nicht so stark vertreten, als daß man der Regierung anempfehlen könnte, auf sie gestützt und mit ihr Arm in Arm zu gehen, dann werde sie das Staatsschiff glücklich lenken und für das Wohl des Staates thun können, was möglich sei. Andererseits will es mich aber doch als eine Art Ironie bedünken, wenn der Abg. Dr. Biedermann die Staatsregierung auffordert, mit ihm in sein Schiff zu steigen und ihn als Steuermann anzunehmen

(Heiterkeit.)

und nun glücklich in den norddeutschen Bundeshafen einzulaufen. Der Abg. Dr. Biedermann, von dem wir ja, glaube ich, Alle wissen, daß er früher etwas ganz Anderes gewollt hat, als die bloße Bundesfreundlichkeit, die er jetzt ausspricht, von dem wir Alle sehr gut wissen, daß er früher die reine Annexion an Preußen gepredigt, von dem wir wissen, daß er 1866 unter dem Schutze der feindlichen Bayonnette auf unsere Zustände den Landesfeind aufmerksam gemacht hat fast bis zur Denunciation, damit der Landesfeind einschreite, das würde ein ganz eigenthümlicher Anblick sein, wenn unsere Staatsregierung, die ebenso, wie wir, den Eid geleistet hat, das unzertrennliche Wohl des Königs und Vaterlandes aufrecht zu erhalten,